

## **ERKLÄRUNG DES BILDUNGSPOLITISCHEN TREFFENS DER SPD**

### **JETZT DAS RECHT AUF BILDUNG FÜR ALLE STÄRKEN!**

Die Corona-Pandemie hat noch einmal unterstrichen, dass Bildungschancen in Deutschland immer noch zu stark von der sozialen Herkunft abhängen. Während des Lockdowns sind alte Ungleichheiten vertieft worden und neue hinzugekommen. In Phasen des Distanzunterrichts treffen Schülerinnen und Schüler auf völlig unterschiedliche Voraussetzungen und Lernumgebungen in den Elternhäusern. An erster Stelle sind deshalb jetzt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Besuch von Kitas und Schulen in der Corona-Pandemie weiterhin möglich bleibt. Hierfür muss die Test- und Impfstrategie der Bundesregierung einen klaren Fokus auf Kitas und Schulen setzen. Die entsprechenden Testkapazitäten müssen dazu massiv ausgeweitet werden.

Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben, und sich nach einem guten Start auf ihrem Bildungs- und Lebensweg gut entwickeln können. Ungleichheiten muss gerade in frühen Jahren entgegengewirkt werden. Die SPD im Bund und in den Ländern stellt sich diesen Folgen der Corona-Krise entschlossen entgegen. Jetzt muss die Bundesinitiative Chancengleichheit in der Bildung zu einem großen Wurf werden, der die Entschlossenheit in diesem Kampf für gute Lernchancen kraftvoll untermauert. Die Initiative muss schnell wirkende Maßnahmen umfassen, die mindestens ein Jahr in Anspruch genommen werden können und mindestens eine Milliarde Euro umfassen. Gleichzeitig müssen wir die richtigen Lehren aus Corona für die langfristige Entwicklung des Bildungssystems ziehen. Die Pandemie bietet neben den vielen Schwierigkeiten, die der Schulalltag unter Pandemiebedingungen mit sich bringt auch die Chance mutige und innovative Dynamiken im Schulsystem, die sich vor Ort ergeben haben, zu unterstützen und die gute Schule der Zukunft für alle Kinder und Jugendlichen weiter zu entwickeln.

#### **1. Programm gegen Bildungsbenachteiligung**

Mit der Bundesinitiative Chancengleichheit in der Bildung wollen wir eine Aufholjagd beginnen, um einer weiteren Bildungsbenachteiligung, die sich insbesondere während der Covid-Pandemie weiter verfestigt hat, vorzubeugen. Hierfür wollen wir mindestens eine Milliarde Euro für mindestens ein Schuljahr vorsehen. Besonders haben wir dabei die Schülerinnen und Schüler im Blick, die dringend Unterstützung benötigen und von denen viele ohnehin benachteiligt sind. Neben dem Ausbau der Schulsozialarbeit wollen wir hierzu zusätzliches Personal für die Schulen gewinnen, das die Schülerinnen und Schüler beim Lernen unterstützt. Dies können Freiwilliges-Soziales-Jahr- und Bundesfreiwilligendienst- Leistende, Lehramtsstudierende, Personal von Weiterbildungsträgern oder auch Scouts und Mentoren sein. Auch die Jugendhilfe und schulpsychologische Hilfen sind dabei notwendig, denn geschlossenen Schulen haben nicht nur allein auf Lernstände negative Auswirkungen. Dieses unterstützende Personal kann unter anderem gemeinsam mit Stiftungen und innovativen Bildungsprogrammen schulisches Lernen bereichern und schnell die Unterstützung an Schulen bereitstellen, die es jetzt durch Corona-bedingte Nachteile braucht. Lehrerinnen und Lehrer werden so in ihrer Arbeit unterstützt und entlastet. Ein besonderer Fokus der Bundesinitiative Chancengleichheit in der Bildung soll insbesondere auf dem Schulstart, dem Wechsel auf die weiterführende Schule sowie dem Übergang in den Beruf liegen. Denn hier hat die Corona-Pandemie zu Lernrückständen und zu einem Mangel an Orientierung geführt, den es zu kompensieren gilt.

## **2. Digital unterstütztes Lernen**

Auch nach der Pandemie wird digital unterstütztes Lernen fester Bestandteil schulischen Lernens sein. Wir brauchen deshalb für alle SchülerInnen dauerhaft den gesicherten Zugang zu einer digitalen Infrastruktur auch zu Hause und zum Internet. Das ist wichtig, um Lernorte miteinander zu verbinden, Lernprozesse zu unterstützen sowie individuelles Lernen und Projektarbeit zu ermöglichen. Dafür braucht es eine sichere schulische IT-Infrastruktur und einheitliche Sachausstattung nicht nur in den Schulen, sondern auch in den Elternhäusern selbst. Wir setzen uns daher für die digitale Lernmittelfreiheit ein. Mit dem Programm zur Beschaffung von Endgeräten für SchülerInnen aus ärmeren Familien als Ergänzung des Digitalpakts Schule und der Bezuschussung von digitalen Endgeräten über die Jobcenter haben wir hierfür eine wichtige Grundlage gelegt. Bei der langfristigen Weiterentwicklung des Digitalpakts ist unter Einbeziehung des Bildungs- und Teilhabepakets eine digitale Lernmittelfreiheit immer mitzudenken.

## **3. Ganztagsförderung**

Die Pandemie hat für sehr viele Eltern sichtbar gemacht, wie sehr unser Alltag neben Elternzeit, Teilzeitmodellen und anderen betrieblichen Möglichkeiten auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie damit auf ein funktionierendes Betreuungssystem baut. Genauso zeigen die Lernrückstände durch die Corona-Pandemie, dass gerade längeres, gemeinsames Lernen im Ganztage ein Schlüssel ist, um mehr Zeit für Lernen und damit für mehr Förderung zu schaffen. Deshalb ist es der SPD seit Jahren ein großes Anliegen, die Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen bedarfsgerecht auszuweiten und den Eltern einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in der Grundschule zu geben. Diese wollen wir eng mit der Kinder- und Jugendhilfe verzahnen. Wir fordern CDU und Grüne auf, in den Ländern in denen sie die Regierung tragen, die Bremsen bei der Umsetzung der Ganztagsförderung zu lösen. Die SPD hält am Rechtsanspruch fest.